

Zur Politik Konrad Adenauers gegenüber Israel und den Juden

## Moral als Staatsräson

Niels Hansen

„Israelabkommen 1952 – Sühne an den Juden. Eine innere Verpflichtung, wiedergutmachen, soweit das überhaupt möglich war. Das Israelabkommen ausschlaggebend für das Ansehen der Deutschen in der Welt.“ Die erste Inhaltsskizze zu Adenauers Erinnerungen bringt – über den entscheidenden Vertrag und die ihm zugrunde liegende Motivation hinaus – das Wesen der Politik des ersten Bundeskanzlers gegenüber Israel und allgemein den Juden sinnfällig zum Ausdruck. Wenn es schon früh gelang, nach der Katastrophe Stege und Brücken über den Abgrund zu schlagen, so war das deutscherseits vor allem das persönliche Verdienst Konrad Adenauers. Er hat diese seine Politik, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, bald nach dem Regierungsantritt eingeleitet, die Aufnahme der im März 1952 bei Den Haag beginnenden Vertragsverhandlungen wagemutig ermöglicht, diese bis zu der in Luxemburg am 10. September 1952 erfolgten Unterzeichnung taktisch klug gesteuert und die Ratifizierung gegen erbiterte arabische Gegenwehr ein halbes Jahr später unter Dach und Fach gebracht – mit zähem Engagement und beträchtlichen inneren und äußeren Widerständen zum Trotz.

Die komplexe individuelle Entschädigungs- und Rückerstattungsgesetzgebung, die es

mit dem so genannten Entschädigungsschlussgesetz vom September 1965 dann substanziell abzuschließen gelang, konnte in Durchführung des Protokolls Nummer 1 zum Luxemburger Vertrag unter der Ägide des Kanzlers ausgebaut werden. Sie kommt in der Tat ganz überwiegend Juden und zu mehr als vierzig Prozent Israelis zugute. Bei der Formalisierung der gegenseitigen Beziehungen ergab sich bald ein Paradigmenwechsel: Deutscherseits 1952 erwünscht, erschien sie der israelischen Regierung zu diesem Zeitpunkt zu früh, und als Jerusalem Anfang 1956 darauf zu drängen begann, winkte Bonn angesichts der arabischen Drohung mit der Anerkennung der DDR und allgemein des Vordringens der Sowjets in der Region ab. Der Bundeskanzler unternahm 1963 zweimal den – indes vergeblichen – Versuch, noch vor seinem Rücktritt einen Botschafteraustausch herbeizuführen, welcher schließlich im Mai 1965 unter Inkaufnahme des Beziehungsabbruchs von Seiten Ägyptens und neun weiterer arabischer Staaten vereinbart wurde.

Adenauer hat Israel für die so lange hinausgezögerte Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu entschädigen versucht durch die bilaterale Rüstungszusammenarbeit, die Franz Josef Strauß und Shimon Peres 1957 auf den Weg brachten, durch die

1959 – unter Vermittlung seines lebenslangen jüdischen Freundes Dannie Heineman – eingeleitete wissenschaftliche Kooperation zwischen Max-Planck-Gesellschaft und Weizmann-Institut sowie durch die 1960 Ben Gurion beim New Yorker Treffen in Aussicht gestellte Gewährung attraktiver Aufbaurdarlehen („Aktion Geschäftsfreund“). Diese zusätzliche Unterstützung, die man sich der Araber wegen, letztlich jedoch vergebens, geheim zu halten bemühte, ließ gewichtigen israelischen Politikern durchaus ein Zuwarten lohnend erscheinen, was die Bemerkung von Peres belegt, er ziehe den Motorzylinder eines Panzers dem Zylinder des Diplomaten vor. Im Sinai-Krieg 1956 war die Bundesrepublik – neben den Verbündeten Großbritannien und Frankreich – das einzige Land, das dem Judenstaat hilfreich war. Der deutsche Regierungschef lehnte es ab, die vereinbarten globalen Entschädigungsleistungen auszusetzen. Wenn die nachfolgende Krise um den Golf von Akkaba mit einem diplomatischen Sieg Israels endete, so war das nicht zuletzt eine Folge dieser Politik, welche wirtschaftliche Sanktionen seitens anderer Länder aussichtslos erscheinen ließ. In die Zeit Adenauers fällt auch die Förderung des von Israel seit 1958 verfolgten Anliegens einer möglichst engen Anbindung an die EWG, wobei Deutschland stets den Vorreiter spielte und es Bundeskanzler Helmut Kohl 1994 in sehr persönlichen Bemühungen sogar gelang, dem Land einen „privilegierten Status“ bei der Europäischen Union zu sichern.

---

### Die deutschen Akteure

---

Es erwies sich als Glücksfall, dass der erste Bundeskanzler so energisch und so wirksam das verfochten hat, was man damals – vielfach auch jüdischerseits – euphemis-

tisch und unreflektiert allgemein Wieder gutmachung nannte. Als Oberbürgermeister von Köln hatte er gute Beziehungen zu zahlreichen Juden gepflegt, deren Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet ihn beeindruckten und deren Leistungen in Kultur und Wissenschaft er schätzte. Von Belang für sein späteres Verhältnis zum Staat Israel war die Mitgliedschaft beim Juden und Christen umfassenden zionistischen Pro Palästina-Komitee, zu dessen Kölner Tagung 1927 er mit einem ausführlichen Grußwort beitrug. In ihrem systematischen, infamen Kesseltreiben gegen ihn beriefen sich die Nationalsozialisten weitgehend auf diese Sympathien. Heineman, fünf Jahrzehnte an der Spitze des Weltkonzerns SOFINA, hielt den aus Amt und Würden Gejagten nach 1933 von Brüssel aus drei Jahre lang finanziell über Wasser, während dieser die Unterstützung aus den Ersparnissen des Vaters einer jüdischen Stadtdirektorin nicht annahm. In den Memoiren heißt es dazu: „Ich hatte als Oberbürgermeister von Köln viele Freunde. Heineman und Professor Kraus waren die einzigen, die mir nach meiner Absetzung ihre Hilfe anboten. Ihre Handlungsweise mir gegenüber hat mich daran erinnert, dass ‚Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst‘ im Alten Testament steht.“ Im Verlauf des kurzen Intermezzos als Stadtoberhaupt im Sommer 1945 bemühte er sich intensiv und erfolgreich um die Heimkehr von Angehörigen der Kölner jüdischen Gemeinde aus Theresienstadt, und er setzte sich allgemein für die Rückwanderung von Juden ein.

Adenauer hatte engagierte Mithelfer, wobei in der Dienststelle für die Auswärtigen Angelegenheiten und dann im Auswärtigen Amt in erster Linie Walter Hallstein und Herbert Blankenhorn zu nennen sind. Beson-

dere Verdienste kommen dem Delegationsleiter bei den Haager Verhandlungen, Franz Böhm, zu; als diese in die Krise gerieten, erklärte er in spektakulärer Form öffentlich seinen Rücktritt, wurde aber vom Regierungschef zum Bleiben bewogen. Böhm gehörte ab 1953 für drei Legislaturperioden als Mitglied der CDU/CSU-Fraktion dem Bundestag an, und er war als stellvertretender Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses die treibende Kraft bei der befriedigenden Regelung dieser sowohl emotional wie finanziell derart befrachteten Materie. Eugen Gerstenmaier hat im Dialog mit Israel, vorwiegend als Bundestagspräsident, ebenfalls viel bewirkt.

Auch sind die Sozialdemokraten nicht zu vergessen, deren Rolle indes, da sie bis 1967 keine Regierungsverantwortung trugen, beschränkt blieb. Sie plädierten früher als die anderen für eine umfassende Entschädigung. Kurt Schumacher mahnte sie mehrfach an, und er schrieb kurz vor seinem Tod dem Kanzler im Mai 1952 einen drängenden Brief. Als Vorsitzender des Auswärtigen Bundestagsausschusses leistete Carlo Schmid erhebliche Hilfe, und er hat auch später, etwa als einer der ersten deutschen Besucher in Israel, zum so unendlich schwierigen Brückenschlag wesentlich beigetragen. Bei der Ratifizierung des Luxemburger Vertrages, in dessen Vorbereitung verschiedentlich auch der jüdische SPD-Bundestagsabgeordnete Jakob Altmaier eingeschaltet war, stimmte die SPD geschlossen dafür, wohingegen sich immerhin 58 Angehörige der CDU/CSU-Fraktion der Stimme enthielten oder abwesend waren und fünf CSU-Abgeordnete sogar ablehnten. Im Hinblick auf die Formalisierung der Beziehungen zu Israel gab sich die SPD, die im Rahmen der Sozialistischen Interna-

tionale über eigene Kontakte zur in Jerusalem regierenden MAPAI-Partei verfügte, unbefangener als die Bonner Koalition, obwohl ihr Fraktionsvorsitzender Fritz Erler deren deutschlandpolitisch motivierten Vorbehalte weitgehend teilte. – Die FDP muss im Lager der demokratischen Parteien in diesen Jahren als die zurückhaltendste bezeichnet werden, was jedoch nicht für Theodor Heuss galt – im Gegenteil.

---

### Gleichgesinnte Partner

---

Und israelischerseits? Wenn die tiefe Sprachlosigkeit vergleichsweise früh überwunden werden konnte, so ist das in erster Linie David Ben Gurion zu verdanken.

Der große Staatsgründer Israels glaubte zunehmend an ein „anderes Deutschland“, wenn er in den ersten Jahren die praktische Arbeit beim Forträumen der Trümmer auf dem mühseligen Weg auch seinem bedeutenden Außenminister Moshe Sharett überließ, der von 1953 bis 1955 fast zwei Jahre lang vorübergehend zusätzlich das Amt des Ministerpräsidenten innehatte. Selbst eine behutsame Annäherung an die „Täternation“ war für die Regierung damals äußerst schwierig, denn die weit überwiegende Mehrheit der öffentlichen Meinung lehnte jedwede Kontakte scharf ab. Ben Gurion war es, der in der gefühlsbeladenen, stürmischen Knessetdebatte im Januar 1952 die Zustimmung zu unmittelbaren Verhandlungen mit Bonn durchsetzte – gegen den leidenschaftlichen Protest seines Erzwiderräthers Menachem Begin, der insoweit nicht zum letzten Mal sämtliche Register seiner populistischen Rhetorik zog: „Es gibt nicht einen Deutschen, der an der Ermordung unserer Väter unbeteiligt war. Jeder Deutsche ist ein Mörder. Adenauer ist ein Mörder [...] Alle seine Helfershelfer sind

Mörder.“ Ben Gurion fasste endgültig Vertrauen, als klar wurde, dass die Bundesrepublik ihre vertraglichen Verpflichtungen penibel erfüllte, und er ließ sich darin auch nicht mehr erschüttern, nachdem diese einen Botschafteraustausch, für den er sich nach dem Suez-Krieg offen einsetzte, immer wieder hinauszögerte.

Die beiden ersten Regierungschefs ihrer Staaten, die fast zur gleichen Zeit amtierten, waren sich trotz ihres so anders gearteten Lebenshintergrundes in mancher Hinsicht ähnlich, und sie hegten füreinander besondere Wertschätzung. Als solche sind sie sich persönlich, obwohl seit 1956 im Briefwechsel, nur einmal begegnet. Das berühmte Treffen im New Yorker Hotel Waldorf Astoria am 14. März 1960, über das wir heute auf Grund der zwei Dolmetscherprotokolle genauestens unterrichtet sind, verlief ausgezeichnet, und die „Chemie“ stimmte. Ein Botschafteraustausch kam dabei nicht zur Sprache, doch konnte Ben Gurion das endgültige Einverständnis seines deutschen Kollegen zu unentgeltlichen Waffenlieferungen sowohl wie zur naturwissenschaftlichen Zusammenarbeit und die – wenn auch mit der Reaktion „wir werden Ihnen helfen“ noch vagen – Zusage günstiger Entwicklungskredite nach Hause bringen. Für Adenauer war das Vieraugengespräch nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Kölner Hakenkreuzschmierereien und sonstiger antisemitischer Vorkommnisse um die Jahreswende ein erheblicher politischer Erfolg. Die zwei Patriarchen kamen nach ihrem Rückzug aus der Regierung erneut bei Adenauers privatem, aber hochpolitischem Israelbesuch im Mai 1966 in Ben Gurions Kibbutz Sde Boker zusammen, über den der Altkanzler in dieser Zeitschrift anschließend einen wichtigen Beitrag schrieb (*Die Politische Meinung* 115, 11. Jg. 1966, Seiten

15–19). Der intimen Begegnung, in deren Verlauf Frau Paula den Neunzigjährigen fürsorglich zur Mittagsruhe bettete, haftet etwas Rührendes an. Knapp ein Jahr darauf war Adenauer tot, und sein um zehn Jahre jüngerer Partner gab dem langjährigen Gefährten auf steinigem Weg beim Staatsakt im Bundestag die letzte Ehre. Bundeskanzler Kiesinger versprach, im Verhältnis zu Israel fortzusetzen, was Adenauer begonnen habe.

Eine bedeutende Rolle beim Annäherungsprozess spielte jüdischerseits Nahum Goldmann, Präsident des Jüdischen Weltkongresses (WJC) und Gründungsvorsitzender der im Oktober 1951 zwecks Geltendmachung individueller und kollektiver Entschädigungsansprüche von den wesentlichen jüdischen Organisationen ins Leben gerufenen Claims Conference (JCC). Der in Deutschland aufgewachsene und in Heidelberg promovierte liberale zionistische Politiker traf mit Adenauer im Dezember 1951 in London zum ersten Mal zusammen, und zwischen beiden Männern entwickelte sich im Verfolg häufiger Begegnungen und einer umfänglichen Korrespondenz ein enges Vertrauensverhältnis. Goldmann hat die Verhandlungen zum Luxemburger Vertrag, mandatiert vom Staat Israel sowohl wie von der JCC, mit ermöglicht und sie dann mit aus der Sackgasse geführt, er war in den Ratifizierungsprozess und danach in die individuelle Entschädigungsgesetzgebung immer wieder eingeschaltet. Bis an sein Lebensende blieb er mit den Bonner Regierungen in intensivem Kontakt. – Sehr verdient gemacht um die Anbahnung partnerschaftlicher Verbindungen hat sich der israelische Kovorsitzende der Verhandlungsdelegation und nachher bis 1965 Chef der Kölner Israel-Mission, der ebenfalls aus Deutschland stammende Felix E. Shinnar,



*Bundeskanzler Konrad Adenauer trifft sich während seines USA-Aufenthaltes am 14. März 1960 im Waldorf-Astoria-Hotel mit dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion.*

*Foto: Bundesbildstelle Berlin*

*„Wer unsere besondere Verpflichtung gegenüber den Juden und dem Staat Israel verleugnen will, ist historisch und moralisch, aber auch politisch blind. Der weiß nichts von der jahrhundertelangen deutsch-jüdischen Geschichte und nichts von den reichen Beiträgen, die von Juden zur deutschen Kultur und Wissenschaft geleistet worden sind. Er begreift nicht die Schwere der Verbrechen des nationalsozialistischen Massenmordes an den Juden.“*

*aus: Konrad Adenauer, „Bilanz einer Reise“ in: Die politische Meinung, Juni 1966, Nr. 115, 11. Jg., Seite 17.*

zu dessen informativem Buch *Bericht eines Beauftragten* Adenauer und Ben Gurion mit einem Vorwort beisteuerten.

### Der Weg zum Israelvertrag

Zurück zum ausschlaggebenden Luxemburger Abkommen und seiner Vorgeschichte. Bereits im November 1949 hatte Adenauer dem Herausgeber der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, Karl Marx, ein oft zitiertes Interview gegeben, in dem er betonte, das deutsche Volk sei „gewillt, das Unrecht, das in seinem Namen durch ein verbrecherisches Regime an den Juden verübt wurde, so weit wieder gutzumachen, wie dies nur möglich ist, nachdem Millionen Menschen unwiederbringlich vernichtet sind. Diese Wiedergutmachung betrachten wir als unsere Pflicht. Für diese Wiedergutmachung ist seit 1945 viel zu wenig geschehen. Die Bundesregierung ist entschlossen, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen.“ Neben der „moralischen Wiedergutmachung“, bei der insbesondere dem Antisemitismus „in aller Schärfe“ der Kampf angesagt wird, sowie der – seit Jahren angelaufenen – individuellen Entschädigung beabsichtige man, „dem Staat Israel Waren zum Wiederaufbau im Werte von zehn Millionen D-Mark zur Verfügung zu stellen, und zwar als erstes unmittelbares Zeichen dafür, dass das den Juden in aller Welt durch Deutsche zugefügte Unrecht wieder gutgemacht werden muss“. Das Angebot wurde jedoch in Israel anfangs mehr als skeptisch aufgenommen. Weder jetzt noch in Zukunft wolle man von Deutschland Geschenke annehmen. Man bezichtigte den Bundeskanzler, der von gewissen Blättern gar Neonazi gescholten wurde, „in makabrer Art für jeden ermordeten Juden eine D-Mark und sechzig Pen-

nig zu bieten“, wobei unbeachtet blieb, dass ja lediglich von einem ersten Zeichen die Rede gewesen war.

Im April 1951 führte Adenauer, vorbereitet von Altmaier, in Paris ein streng geheimes, zunächst aber ohne unmittelbares Ergebnis bleibendes Gespräch mit dem Staatssekretär im israelischen Finanzministerium, David Horowitz, der als Voraussetzung für Verhandlungen ein deutsches Kollektivschuldbekenntnis forderte. Ein solches war anfänglich auch vom WJC verlangt worden, doch bestanden dessen europäische Vertreter bei den durch Blankenhorn im Auftrag des Kanzlers seit April 1950 geführten Gesprächen nur noch auf einem feierlichen Anerkenntnis der deutschen Verantwortlichkeit. Adenauer gab es am 27. September 1951 vor dem Bundestag ab, und der Kernsatz lautete: „Im Namen des deutschen Volkes sind unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten.“ Der Wortlaut der sorgfältig redigierten grundlegenden Erklärung war über Altmaier und Goldmann mit der israelischen Regierung abgestimmt worden. Von einer Kollektivschuld war nicht die Rede, die sowohl Adenauer wie auch Schumacher, Carlo Schmid und Gerstenmaier – mehrfach allerdings mit dem Hinweis, von einer kollektiven Unschuld könne ebensowenig gesprochen werden – stets ablehnten. Dagegen war der von Bundespräsident Heuss im Dezember 1949 geprägte Begriff der „Kollektivscham“ eine Position, die Intellektuelle, Studenten und die Presse ganz überwiegend durchaus mitzutragen bereit waren, und er besitzt auch heute noch Gültigkeit.

Die nächste Etappe war die in London am 6. Dezember 1951 abgehaltene, erneut strikt geheime Unterredung Goldmanns mit dem Bundeskanzler, in der dieser die „Flügel der

Weltgeschichte“ spürte. Adenauer erteilte die briefliche Zusicherung, auf der Grundlage der israelischerseits geltend gemachten Ansprüche von einer Milliarde Dollar in Verhandlungen einzutreten. In dem Schreiben heißt es, die Bundesregierung sehe „im Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung [...] und eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes“. Indes: Die vor dem Bundestag ausdrücklich erwähnte Konditionierung durch die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik entfiel, und diese ließ zum damaligen Zeitpunkt, in dem das Wirtschaftswunder sich allenfalls von ferne abzuzeichnen begann, sehr zu wünschen übrig. Die geforderte Summe, die 4,2 Milliarden D-Mark entsprach, war verglichen mit den jüdischen Verlusten zwar bescheiden, angesichts der aktuellen deutschen Wirtschafts- und Finanzkraft aber außerordentlich hoch. Weder mit dem Kabinett noch erst recht mit dem Parlament war etwas abgesprochen, eine kurz zuvor von Hermann J. Abs, dem Delegationsleiter bei der in Vorbereitung befindlichen Londoner Konferenz zur Regelung der deutschen Vor- und Nachkriegsschulden, ausgesprochene Warnung, sich auf keine präjudizierende Bindung einzulassen, blieb unbeachtet. Der bei dem denkwürdigen Treffen anwesende Blankenhorn traute Augen und Ohren kaum.

### **Die große Leistung des Bundeskanzlers**

Adenauer riskierte sehr viel, und er gewann alles. Nicht nur gelang es ihm, im Verlauf der krisenträchtigen, fast halbjährigen Verhandlungen den nachdrücklichen Widerstand von Abs, seines störrischen Finanzministers Fritz Schäffer und von Länderbankpräsident Wilhelm Vocke zu überwinden. Zudem ermöglichte der später einset-

zende – 1951/52 so nicht vorhersehbare – spektakuläre Aufschwung der deutschen Wirtschaft die problemlose Einhaltung nicht nur der eingegangenen Globalverpflichtungen (verteilt auf zwölf Jahre drei Milliarden D-Mark zur Flüchtlingseingliederung an den Staat Israel, 450 Millionen D-Mark an die JCC, zwei Drittel in Warenlieferungen, ein Drittel mittels Begleichung der britischen Erdölrechnung aus Guthaben bei der Europäischen Zahlungsunion), sondern auch den angemessenen Ausbau der individuellen Entschädigungs- und Rückerstattungsgesetzgebung, bei der es um ungleich höhere Größenordnungen ging. Wirtschaftsminister Erhard gehörte mit seinem nie versagenden Optimismus zu denen, die Adenauer die Stange hielten, und er war es im März 1965 auch, der als Bundeskanzler den sich nach dem Staatsbesuch Ulbrichts in Ägypten immer mehr verheddernden Knoten der deutschen Nahostpolitik auf Anraten Rainer Barzels behertzt durchschlug und Israel endlich die diplomatischen Beziehungen anbot.

Die risikoreiche, vielleicht nicht immer ganz stimmige Israelpolitik Adenauers auf dem verschlungenen Weg zum Luxemburger Abkommen (und auch danach) ist von deutscher und israelischer Seite gelegentlich problematisiert worden. Sie war im Ganzen betrachtet jedoch eine hochbedeutende geschichtliche Leistung. Der – durch die Erarbeitung des Generalvertrages zeitweise aufs Äußerste belastete – Regierungschef hat das mit so heikler Fracht beladene Schiff nicht nur als Kapitän, sondern auch als Steuermann durch oft stürmische See in den sicheren Hafen geführt. Er nutzte dabei nicht zuletzt seine taktischen Fähigkeiten, um innenpolitische Widersacher auszuspielen, etwa mit dem erwähnten Brief Schumachers. Oder indem er an die

mehrfache Geltendmachung des Interesses Washingtons an einer Lösung anknüpfte, wie es, auf israelisches und jüdischamerikanisches Drängen, von Hochkommissar John J. McCloy differenziert vermittelt wurde, obgleich die drei Alliierten – aus Sorge, sie hätten letztlich die Zeche zu begleichen, das heißt die eigenen Steuerzahler müssten dann für die im Kalten Krieg so erwünschte Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aufkommen – keineswegs erpicht auf ein zu weit gehendes Entgegenkommen Bonns waren. Zudem: Obschon Adenauer wiederholt behauptete, die Bevölkerung hinter sich zu haben, wies eine Allensbach-Umfrage dazu im Herbst 1952 wenig befriedigende Resultate aus. Zahlreiche Zeugnisse belegen, wie sehr der Luxemburger Vertrag und die persönliche Rolle des Bundeskanzlers bei dessen Zustandekommen von jüdischer Seite – damals und später – anerkannt wurden, wobei man die moralischen und auch die religiösen Beweggründe herausstellte. Dies gilt umso mehr, als trotz starken Drucks die DDR gar nichts und Österreich nur relativ magere individuelle Entschädigungen leistete. Sharet bemerkte 1953 dazu: „Die Bürger des Staates Israel, die Gesamtheit der Juden und die ganze friedliebende Welt verknüpfen Ihren Namen mit dem Wiedergutma-

chungsabkommen, der historischen Tat ohne Präzedenz, beschlossen aus freier Erkenntnis und getragen von tiefem moralischem Verantwortungsgefühl.“ Und zum 80. Geburtstag: „Ihre Persönlichkeit wurde zum Symbol wieder erstarkten humanitären und internationalen guten Willens im von Krieg und Tyrannei verwüsteten Europa.“ Goldmann meinte bei gleicher Gelegenheit: „Dass viele jüdische Menschen für Ihre Gesundheit und Ihr Wohlergehen als Führer des neuen Deutschland beten, ist wohl, wenn ich es sagen darf, mit das Einzigartigste, was Sie bei allen Ihren ungewöhnlichen Erfolgen erreicht haben.“ Nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers würdigte Ben Gurion ihn in der *Jerusalem Post* mit dem Artikel „The Greatness of Adenauer“ als „einen der großen Staatsmänner unserer Zeit“, dessen Haltung gegenüber Israel „zutiefst moralisch und religiös“ bestimmt war. Peres schrieb 1970: Adenauers „Gefühl, dass Deutschland nach allem, was zwischen den beiden Völkern geschehen war, zu Israel enge Beziehungen eingehen sollte, hatte etwas fast Religiöses an sich“. Noch heute nennt man in Israel Lebensgemeinschaften von Verfolgten, die nach dem Tod des Ehepartners zwecks Erhalt ihrer Rentenansprüche keine neue gesetzliche Verbindung eingehen, „Adenauer-Ehen“.

### Historisch-Politische Mitteilungen

#### Archiv für Christlich- Demokratische Politik

Herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

Englische Broschur.

Erscheinungsweise: jährlich.

DM 38,-/sFr 35,-/öS 277,-

ISSN 0943-691 X

Die »Historisch-Politischen Mitteilungen« der Konrad-Adenauer-Stiftung bieten ein Forum für Forschungen und Darstellungen zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegungen und Parteien und ihrer Vorgeschichte im Kontext der geistigen, politischen und sozialen Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts.

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder beim Verlag unter Tel. (0 22 1) 91 39 014 .



KÖLN WEIMAR



Kommen wir auf Titel und Beginn dieses Beitrages zurück: Ging es in erster Linie um ein Rentrébillett zur internationalen Gesellschaft, um das bekannte Wort Heines trotz der so andersartigen Ausgangssituation abzuwandeln? Das war ohne Frage die eine Triebfeder, obwohl sich die Bundesrepublik bereits als Partner des Westens akzeptiert fand und formal eine Einlasskarte zur Völkergemeinschaft nicht mehr benötigte. Dies gilt umso mehr, als Adenauer die von ihm immer wieder betonte „Macht des Judentums“, besonders in den USA, überschätzte, denn die Wirkungsmöglichkeiten der jüdischen Verbände auf die amerikanische Administration waren damals, was sich auch an der Geschichte des Luxemburger Vertrags nachweisen lässt, trotz des hohen Ansehens Israels in den Vereinigten Staaten allenfalls marginal.

---

### Moral und Realpolitik

---

Der moralische Imperativ, wie ihn die Bundestagserklärung und der Londoner Brief vom Herbst 1951 unterstreichen und wie er während der Ratifizierungsdebatte immer wieder zum Ausdruck kam, ist von solchen realpolitischen Erwägungen logisch nicht zu trennen. Moral gründet im Sinne von Kant auf der Vernunft, Moral und Staatsräson – eine Antinomie, die heute im Zeitalter zunehmender außenpolitischer „Globalisierung“ ohnehin hoffentlich an Relevanz verlieren wird – gehören bei kluger, weitsichtiger Politik zusammen. Sie sind dann nicht antithetisch, sondern komplementär. Gewiss, Moral ist ein dehnbarer Begriff, mit dem man mancherlei Postulate zu rechtfertigen pflegt, doch in der Auseinandersetzung mit der Schoah ist er eindeutig, und er war hinsichtlich einer Entschädigung mit recht verstandener Realpolitik deckungsgleich. Ähn-

liches gilt übrigens, wenn auch nicht in identischer Weise, für die vielschichtige Motivation der Deutschlandpolitik Ben Gurions. Dass sich das eine und das andere nach außen und nach innen in nuancierter Gewichtung niederschlagen, entspricht politischer Praxis: Dem Kanzler war natürlich daran gelegen, international den moralischen Aspekt herauszukehren, was auch mit dem Hinweis geschah, es handele sich um keine eigentliche völkerrechtliche Verpflichtung. Für den Hausgebrauch war ihm dagegen die Unterstreichung des deutschen Interesses gleichfalls wesentlich. Wenn Goldmann in den Memoiren das „politische Interesse“ Bonns hervorhebt, „das Hassgefühl des Weltjudentums zu mildern“, so macht das die begriffliche Entsprechung der beiden Seiten der Medaille deutlich. In einem Artikel „Adenauer und das jüdische Volk“ von 1976 brachte er es anders zum Ausdruck: „Er hätte – heute ist es möglich, es öffentlich zu sagen – wahrscheinlich die Vereinbarung mit Israel ‚billiger‘ haben können. [...] Die Tatsache, dass Adenauer, der bestimmt in genügendem Maße realpolitisch dachte, um zu verstehen, dass Israel vielleicht auch eine kleinere Summe akzeptiert hätte, gegen den Rat seiner meisten Mitarbeiter den relativ großen Betrag schließlich anbot, ist der beste Beweis, dass er in all diesen Verhandlungen nicht nur von politischen, sondern auch von tief moralischen Motiven geleitet war.“ Nicht von ungefähr kennzeichnet Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen das Israelabkommen als „ein politisches Ereignis, das mindestens in die gleiche Reihe gestellt werden musste mit dem Deutschlandvertrag und mit dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft“. Jahrzehnte später vermögen wir vermutlich noch klarer als damals die Berechtigung dieses Urteils zu ermessen.